Gründe:

Der Aufnahmebescheid wird nur Personen mit Wohnsitz in den Aussiedlungsgebieten des § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG erteilt, die nach Verlassen dieser Gebiete die Voraussetzungen als Spätaussiedler erfüllen (§ 27 Abs. 1 BVFG).

Diese Voraussetzungen erfüllen Sie nicht.

Da Sie nach dem 31. Dezember 1923 geboren wurden, sind Sie nach § 6 Abs. 2 BVFG deutsche Volkszugehörige, wenn Sie von einem deutschen Staats- oder Volkszugehörigen abstammen, Ihnen Ihre Eltern oder andere Verwandte bestätigende Merkmale wie Sprache, Erziehung, Kultur vermittelt haben und Sie sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete zur deutschen Nationalität erklärt, sich bis dahin auf andere Weise zum deutschen Volkstum bekannt haben oder nach dem Rechte des Herkunftsstaates zur deutschen Nationalität gehört haben.

Sie erfüllen jedoch nicht die Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 Nr. 2 BVFG.

Bei der Beurteilung der Frage, ob sich die bestätigenden Merkmale im Sinne des § 6 Abs. 2 Nr. 2 BVFG von den Vorfahren auf den Aufnahmebewerber übertragen haben, ist die Beherrschung der deutschen Sprache von besonderer indizieller Bedeutung, wobei entscheidend ist, daß die deutsche Sprache von den Eltern, dem deutschen Elternteil oder einen anderen Verwandten vermittelt worden sein muß; auf sonstige Weise erworbene Sprachkenntnisse sind insoweit unerheblich. Denn die deutsche Sprache kann nur dann ein Indiz für die deutsche Volkszugehörigkeit darstellen, wenn ihre Weitergabe von den Vorfahren zu den Kindern im Rahmen der Weitergabe deutscher Erziehung und Kultur erfolgte und so den erforderlichen Überlieferungszusammenhang dokumentiert. Fehlen deutsche Sprachkenntnisse oder wird die deutsche Sprache lediglich unvollkommen beherrscht, so ist dies regelmäßig ein Umstand, der der Annahme einer Überlieferung volksdeutschen Bewußtseins selbst bei rein deutschstämmigen Eltern entgegensteht.

Nach Ihren Antragsangaben sind Sie lediglich in der Lage, die deutsche Sprache zu verstehen, nicht jedoch, sie aktiv zu sprechen oder gar zu schreiben. Selbst ein einfaches Gespräch in deutscher Sprache ist Ihnen folglich nicht möglich. Sie geben weiter an, daß in Ihrer Familie nur noch von den Eltern und den Großeltern deutsch gesprochen wird.

Auch erfüllen Sie nicht die Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 Nr. 3 BVFG. Entscheidend gegen Ihre deutsche Volkszugehörigkeit spricht Ihre Angabe in Ihrem Antrag, russische Volkszugehörige zu sein. Dadurch verleihen Sie selbst dem Ergebnis Ihrer Erziehung Ausdruck, die offensichtlich von der Volkszugehörigkeit Ihrer Mutter derart geprägt war, daß Sie sich jetzt selbst als Russin bezeichnen.